

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 5

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Besuch aus Litauen

Noch vor kurzem hätte dies wohl niemand für möglich gehalten: Ein Regierungsmitglied der Sowjetrepublik Litauen nimmt die Einladung einer kleinen Maschinenbaufirma am Greifensee im Zürcher Oberland an und macht eine private Informationsreise ohne jeden offiziellen Rahmen in die Schweiz. Am Anfang stand der Verkauf einer Verpackungsmaschine für Agrarprodukte an der Industriemesse in Minsk. Der schweizerische Anbieter wollte unbedingt den eigentlichen Endverbraucher kennen lernen, der sich als das ministeriell geleitete «Agro-Industrielle Komitee» Litauens entpuppte. Die Reise nach Wilna kam schliesslich nach einigem Hin und Her zustande. Und nicht nur das: Die spontane Einladung in die Schweiz wurde angenommen.

Als einer, der seit Mitte der fünfziger Jahre immer wieder «Ostkontakte» hatte und im Rahmen von politischen, ideologischen, kulturellen oder auch sportlichen Anlässen noch und noch Gesprächserfahrungen mit kommunistischen Kontrahenten sammeln konnte, sah ich dem Besuch aus Litauen mit skeptischer Neugierde entgegen. Denn zu stark war die Erinnerung an all die Diskussionspartner noch gegenwärtig, deren dialektische Pirouetten keinerlei Raum für Dialoge boten, die diesen Namen wirklich verdient hätten.

Was dann aber folgte, war ganz einfach erstaunlich: Zunächst kamen Fragen, welche die parlamentarische

Finanzkontrolle und die konkreten Geschäftsabläufe zwischen Landesregierung und Bundesversammlung betrafen. Dann aber galt es, das System der schweizerischen Agrarpolitik zu erläutern. Dabei kreisten die Gedanken der sowjetrussischen Gäste immer wieder um das eine Problem: Wie ist es möglich, staatlich zu lenken und zu fördern und trotzdem Marktwirtschaft zu betreiben? Wie ist es möglich, dabei genügend Anreize zu schaffen, um optimale Produktionsverhältnisse zu provozieren?

Behutsam vorgebrachte Hinweise auf den grösseren Zusammenhang einer grundsätzlich wettbewerbsorientierten Wirtschaft mit entsprechenden Käuferhaltungen der Konsumenten lösten zunächst Verständnislosigkeit, dann aber bohrendes «Hinterfragen» aus. Es fehlte auch nicht an schüchternen Anspielungen auf Abrüstungshoffnungen, deren Erfüllung dringend nötige Investitionsmittel für längst fällige Modernisierungen im Agrarsektor freimachen könnten. Im Grunde, so erklärten die Gäste aus Wilna, sei es doch befremdlich, dass Russland bei all seinen landwirtschaftlichen Ressourcen immer wieder in Versorgungsengpässe gerate.

In der Zwischenzeit haben sich auch aus andern Ostblockstaaten Wirtschaftsspezialisten gemeldet. Sie möchten ähnliche Diskussionen über andere Sektoren der Wirtschaft führen — ganz pragmatisch, ohne Ideologie, einfach aus dem dringenden Bedürfnis heraus,

konkrete Detailkenntnisse von ökonomischen Mechanismen und Abläufen zu gewinnen, die sich zwar niemals direkt auf ihre Verhältnisse übertragen liessen, die aber doch dazu verhelfen könnten, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Länder zu verbessern.

Was ist von all dem zu halten? Denn all diese im Grunde tief berührenden Bemühungen sind überschattet von der Frage, wie gross denn die Zukunfts-erwartung des neuen Kurses im Kreml — ganz abgesehen von seinem wirklichen Reformgehalt — überhaupt sei.

Die persönlichen Erfahrungen der letzten Zeit lassen für mich nur eine Konsequenz zu: Wir sollten helfen, so viel wir können — ohne jede missionarische Gebärde und schon gar nicht in besserwisserischer Attitüde, sondern ganz einfach als Gesprächspartner in einem wahrhaft historischen Prozess, von dessen konkreten sachlichen, politischen und menschlichen Schwierigkeiten wir uns hier im Westen kaum eine wirklichkeitsgerechte Vorstellung machen können.

Richard Reich

Managerausbildung mit Steuermitteln?

Der Bund plant, so kündete der Bundesrat in der vergangenen Session an, eine *Bildungsoffensive*; eingeschlossen in diese Initiative ist auch die *berufliche Weiterbildung* auf Berufsschul- und auf Hochschulniveau. Dazu sollen 400 Mio. Franken, verteilt auf sechs Jahre, locker gemacht werden. Bildungsoffensive tönt in Zeiten des raschen Wandels nicht schlecht. Trotzdem muss sich auch dieses Gebiet gefallen lassen, auf den Prüfstand der *Ordnungspolitik* gespannt zu werden. Schliesslich geht es in der Bildung wie auf andern Feldern staatlicher Aktivitäten um die Frage, ob die knappen Mittel, die zur Verfügung stehen, möglichst gut verwendet werden. Ist wirklich alles förderungswürdig, was nach Weiterbildung riecht?

Es gibt in einem marktwirtschaftlichen System einen Grundsatz, der besagt, dass die Grundausbildung eine Sache des Staates, die *Weiterbildung* je-

doch eine solche der *Privatwirtschaft* sein soll. Die Privatwirtschaft hat schon seit Jahren sehr flexibel auf die neuen Bedürfnisse im Weiterbildungsmarkt reagiert. Das Faktum, dass immer grössere Einkommensteile in die berufliche Weiterbildung investiert werden, ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass es sich um einen wachsenden Markt handelt.

Wer Weiterbildung betreibt, verfolgt damit in aller Regel ein Ziel, nämlich die *Verbesserung* der individuellen Berufschancen (Karriereziele). Und in der Tat kann derjenige, der zu einer soliden universitären Grundausbildung etwa noch einen MBA-Ausweis vorzulegen in der Lage ist, auf dem Arbeitsmarkt mit bisweilen erheblichen Salärsprünzen rechnen. Einkommensdifferenzen sind im Markt der beruflichen Weiterbildung eine entscheidende Motivation. Ist es zuviel verlangt, dass Arbeitnehmer, die zumeist bereits eine Kaderposition erreicht haben, das

«Gut» Weiterbildung, wenn sie es «konsumieren» wollen, selber bezahlen? Muss der Steuerzahler die Voraussetzungen zur Realisierung von individuellen Salärsprüngen finanzieren? Das gilt übrigens nicht nur für angehende Manager, sondern auch für andere Berufskategorien. Ein dringender *Sozialisierungsbedarf* scheint hier jedenfalls nicht vorzuliegen. Einige weitere Argumente stützen diese Auffassung.

Mit einiger Sicherheit ist vorauszusehen, dass damit der Bund eine neue *Subventionsschleuse* öffnet — und dies in einem Moment, in dem die Frage nach dem Subventionsabbau und der Durchforstung des Subventionswildwuchses noch immer auf der finanzpolitischen Traktandenliste des Bundes steht. Erste Indizien, dass das Wettrennen um Subventionen aus der Bundeskrippe zwischen den Universitäten schon begonnen hat, sind bereits erkennbar. Wären die Universitäten, die an Raumknappheit leiden, die dringend benötigte Lehrstühle nicht finanziert können, die über Assistentenmangel klagen, nicht besser bedient, wenn ihnen die Mittel, die nun für die Managerausbildung gegeben werden sollen, für die bessere Bewältigung ihrer eigentlichen Aufgabe, eben die

Grundausbildung, zur Verfügung gestellt würden?

Kommt dazu, dass die Hochschulen den Beweis, rasch und flexibel auf sich ändernde Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren zu können, schuldig geblieben sind. Ihre Monopolstellung und ihre komplizierten Entscheidungsstrukturen drücken sich unter anderem in einer respektablen Anpassungsfähigkeit aus. Die Absicht, nun auf den Weiterbildungszug aufzuspringen zu wollen, kommt denn auch reichlich spät. Er befindet sich nämlich bereits in voller Fahrt.

Wenn der Bund via der von ihm subventionierten öffentlichen Schulen in den Weiterbildungsmarkt eindringt, benimmt er sich zudem noch als höchst *unfairer Wettbewerber*. Subventionen sowie unentgeltliche Benutzung staatlicher Infrastrukturen geben den von ihm favorisierten Institutionen einen Wettbewerbsvorsprung, den private Anbieter kaum zu parieren vermögen. Der Bund, der von der Verfassung zum Hüter des fairen Wettbewerbs auserufen wurde, entpuppt sich wieder einmal als *Sünder* wider den Geist der von ihm selbst verkündeten marktwirtschaftlichen Prinzipien. Ein wenig mehr Konsequenz könnte seinem Ansehen wohl kaum schaden.

Willy Linder

Der polnische Kompromiss

Kaum ein kommunistischer Politiker Polens hat sich so abschätziger über Walesa und über die Bewegung *Solidarność* ausgesprochen wie der gegen-

wärtige Ministerpräsident Rakowski — er hatte sogar angekündigt, er werde die Werft in Danzig wegen Unrentabilität schliessen, obgleich mit diesem

Argument andere Unternehmen weit dringlicher dran wären. Doch wurde jetzt mit ihm, der sich gegen die Betonköpfe seiner Partei und die von der Partei geschaffene Gewerkschaft durchsetzen musste, in acht Wochen der Verhandlung zwischen zwanzig Arbeitsgruppen, ein sehr weitreichender Kompromiss geschlossen.

Solidarność — die Arbeiter, die Bauern, die Studentengewerkschaft — wurde wieder legal, die Folgen des «Kriegszustandes» von 1980 werden beseitigt. Schon die Amnestierung der meisten damals Verhafteten in Breschnjews letzten Tagen wies auf diese Lösung hin, doch sind inzwischen wiederum fünf Jahre hin- und verloren gegangen.

Mag sein, dass Rakowskis Besuche im Westen ihm klargemacht haben, dass ohne die Mitwirkung der Opposition Polen kein Vertrauen entgegengebracht wird. Doch war sogar die harte Periode des «Kriegszustandes» nie mit der repressiven «Normalisierung» der Tschechoslowakei zu vergleichen. Der augenfällige Unterschied: In der Tschechoslowakei Protest der Intellektuellen, religiöse Kundgebungen, aber keine Streiks, keine Bewegung der Arbeiter — in Polen eine oppositionelle Massenbewegung der Arbeiter, die Macht der katholischen Kirche — mag diese gegensätzliche Entwicklung erklären, aber vielleicht greift diese Deutung zu kurz.

Die Änderung der polnischen Verfassung war vorauszusehen: ein Zweikammer-System, in welchem die «Länderkammer» oder Senat nicht von vornherein der Partei die Mehrheit der Sitze sichert, während die Verwerfung eines Gesetzes durch diesen Senat im «Unterhaus» nur durch eine Zweidrittelmehrheit überstimmt würde. Über

die weitreichenden Kompetenzen des Präsidenten — das wird zunächst Jaruzelski sein — wurde nicht eindeutig entschieden, wie überhaupt vieles noch in der Schwebe bleibt. Die verfassungsmässige Verankerung eines gemässigten «Pluralismus», in welchem der wichtigste Teil der Opposition keine Partei bildet, würde auch im günstigsten Fall und bei allseitigem gutem Willen weit mehr Zeit erfordern.

Das Wort «Dissidenten» hat nie auf die polnische Opposition gegen ein von aussen auferlegtes Regime gepasst. Die Parteiführer haben offen zugegeben, dass zwischen der Partei und dem Volk eine Kluft besteht, dass sie nicht glaubwürdig ist und viel zu tun hätte, um es zu werden. Die Nichtkommunisten sind in zahlreiche politische Gruppen gespalten, haben ihre Radikalen und ihre Kompromissbereiten — auch das ist noch sehr vereinfacht formuliert — aber sie sind die Mehrheit, und die kann man nicht gut «Abweichler» oder «Dissidenten» nennen; eher wäre von einer «secessio plebis» zu reden, wobei das ganze andere Volk gemeint ist.

Die Gemässigten um Walesa gingen davon aus, dass sich wegen des «Großen Bruders» die ungeliebte Hegemonie der Partei nicht abschaffen liesse; zugleich war nach der Erfahrung mit angeblich besseren Führern Gomulka und Gierek die Illusion zerstoben, dass auf eine Erneuerung innerhalb dieser Partei zu rechnen sei. Es ginge darum, war die Meinung, mit dieser Partei, wie sie nun einmal ist, auszukommen und sie zur Räumung gewisser Positionen im Interesse der Wahrung ihrer Herrschaft zu bewegen.

Im Bereich der Kultur ist das nahezu erfolgt; die sich keiner Zensur unterwerfenden Verlage und Zeitschriften, Theater, Filmemacher usw. beherr-

schen das Feld. Nicht nur die Charaktervollen, auch die Opportunisten sind dabei, weil sie sonst die Verfemung der Gesellschaft erfahren.

Die Kirche ist selber ein mächtiges «Establishment», nicht nur eine geistige Macht, und eben weil sie von Macht zu Macht verhandelt, liegt ihr mehr an ruhigen Kompromissen als an stürmischen Bewegungen.

Und die Wirtschaft? Mit grossen Westkrediten sind unrentable Fabriken der Schwerindustrie gefördert worden — die polnische Rüstungsindustrie spielt auch für die Sowjetunion eine wichtige Rolle, und die Reaktion auf den angekündigten Abbau wird zu beobachten sein.

Mit Lob für Gorbatschow spart auch Kardinal Glemp nicht. Zwar ist die Ermordung tausender polnischer Offiziere auf Stalins Geheiss unvergessen, und das sowjetische Eingeständnis wurde vergebens erwartet, doch ist es nunmehr Schweigen und nicht mehr die Behauptung, dass es sich um Nazi-Verbrechen gehandelt habe. Hierzu sei auf Josef Czapskis «Souvenirs de Starobielsk» (Editions Noir et Blanc, 1141 Montrachet) hingewiesen.

Ob nun der für alle Seiten unbeküme Kompromiss dazu angetan ist,

die dringendsten Reformen zu fördern und eine internationale Hilfe zu erhalten, für die sich besonders Walesa einsetzt? Die müsste allerdings unter strikten Bedingungen erfolgen, die nicht mehr wie zuvor zu massiven Fehlinvestitionen und weiterer staatlicher Misswirtschaft den Freipass geben und würde andernfalls mehr schaden als nützen.

Die Annahme, dass die Partei sich damit begnügen werde, formell zu herrschen, während andere Kräfte die Gesellschaft gestalten, ist kaum realistisch.

Der in den sechziger Jahren mit andern bedeutenden Wissenschaftlern vertriebene Bronislaw Bacsко, jetzt emeritierter Professor der Universität Genf, hat soeben ein Werk über den Sturz der Jakobiner «Thermidor» veröffentlicht (Gallimard), mit dem Untertitel «Comment sortir de la Révolution?». Das ist ein in den Feiern des Bizenars meist übersehenes wesentliches Thema: Wie kommt eine Gesellschaft von Rechtlosigkeit und Willkür wieder zu einer von Konsens getragenen legitimen Ordnung? Es wundert nicht, dass der Verfasser des Buches, das diese Frage stellt, aus Polen stammt.

François Bondy